

Karsten Giese

Mobilität und Migration in China

Teil 4: Emigration

30 Jahre diplomatische Beziehungen, 30 Jahre chinesische Migration nach Deutschland (I)

Gliederung:

- 11 Einleitung
- 12 Chinesische Zuwanderung seit 1972 im Überblick
- 13 Die politische Ökonomie der chinesischen Immigration nach Deutschland
 - 13.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen heute
 - 13.2 Visa, der erste Schritt
- 14 Chinesen in Deutschland heute
 - 14.1 Regionale Verteilung und Siedlungszentren
 - 14.2 Einige demographische Charakteristika
- 15 Chinesen in Deutschland – keine homogene Gruppe
 - 15.1 Bildungsmigranten
 - 15.2 Politische Herausforderungen durch Bildungsimmigration

11 Einleitung

Emigration ist ein sehr altes und weit verbreitetes Phänomen der chinesischen Gesellschaft. Sowohl wirtschaftlich als auch zahlenmäßig starke chinesische Minderheiten von Südostasien bis nach Nordamerika legen davon beredtes Zeugnis ab. Migrationsströme und chinesische Gemeinschaften innerhalb Asiens oder in den USA waren und sind Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Anlässlich des 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China soll an dieser Stelle jedoch mit der vorliegenden *Fallstudie Deutschland* das Augenmerk auf ein bisher weitgehend unbekanntes Kapitel der chinesischen Emigration gerichtet werden.

Die Wurzeln der chinesischen Minderheit in Deutschland reichen bis in das frühe 19. Jahrhundert zurück, als erstmals Besucher aus dem Reich der Mitte deutschen Boden betraten. Diesen frühen und zunächst nur kurzen Aufenthalten folgten im Jahr 1876 die ersten Studenten und wenig später auch Händler.¹ Mit längerfristigen Studienaufenthalten und der zirkulatorischen Migration der

Wirtschaftsmigranten wurde so schon Ende des 19. Jahrhunderts der Grundstein für eine chinesische Gemeinde in Deutschland gelegt. Anders als die hohe Diplomatie zwischen China und Deutschland ist die chinesische Migration nach Deutschland weder in ihren Anfängen noch in ihrer gegenwärtigen Entwicklung bislang umfassend dokumentiert oder untersucht. Studien widmeten sich bislang spezifischer Aspekte des Gesamtphänomens wie etwa der Verfolgung ethnischer Chinesen im Dritten Reich,² den Aufenthalten chinesischer Studenten zwischen 1860 und 1945,³ binationalen chinesisch-deutschen Ehen⁴ oder der irregulären Einwanderung während der achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts.⁵

Ein Grund für das Fehlen einer umfassenden Untersuchung ist sicher darin zu suchen, dass Chinesen bislang in Deutschland immer eine an ihrer Zahl gemessen irrelevant kleine ethnische Minderheit bildeten und weiterhin bilden. Hinzu kommt, dass – von höheren Konzentrationen in wenigen Großstädten einmal abgesehen – die chinesische Minderheit in Deutschland weiträumig über das gesamte (west-) deutsche Staatsgebiet verteilt lebt und bisher anders als beispielsweise in Großbritannien oder in den USA kein sichtbares *China Town* bilden konnte. Nicht zuletzt aber gelten Chinesen in Deutschland im Vergleich zu anderen ethnischen Gruppen als eine unproblematische Minderheit, mit deren Existenz gemeinhin kein politischer oder sozialer Konfliktstoff verbunden wird.

Der vorliegende Artikel soll daher in Form einer Übersicht einen ersten Beitrag zu einem umfassenderen Verständnis des bisher weitgehend unbekanntes Phänomens der Zuwanderung und des Lebens von Bürgern der Volksrepublik China in Deutschland leisten. Der Terminus Migration und verschiedene im Text verwendete Synonyme werden hierbei sehr weit gefasst, sind nicht beschränkt auf eine auf Dauer angelegte Verlegung des Wohnsitzes zu verstehen, sondern beinhalten jegliche Form der Mobilität von der Einwanderung und Niederlassung auf Dauer über mittelfristige temporäre Aufenthalte bis hin zu Kurzaufenthalten. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann hier jedoch nicht erhoben werden. So harren auch weiterhin insbesondere Aspekte der längerfristigen Integration, des Alltags der zweiten und dritten Generation chinesischer Migranten, der Arbeitsmarktpartizipation und der chinesischen Wirtschaftsaktivitäten in Deutschland, der Selbstorganisation und Interessensvertretung aber auch der für Deutschland spezifischen Auswanderungsregionen in China und der Rückwanderung nach China der wissenschaftlichen Aufarbeitung.

²Yü-Dembski, D., „Verdrängte Jahre: Einige Fragen der deutsch-chinesischen Beziehungen während des Nationalsozialismus“, in: Leutner, M. (Hrsg.), *Politik, Wirtschaft und Kultur: Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen*, Berliner China-Studien 31, Münster 1996, S.329-347; Yü-Dembski, D., „Chinesenverfolgung im Nationalsozialismus – ein weiteres Kapitel verdrängter Geschichte“, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, 58(3), 1997, online, via: <http://www.cilip.de/ausgabe/58/china.htm>, Aufruf: 3.6.2002.

³Harnisch, T., *Chinesische Studenten in Deutschland*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 300, Hamburg 1999.

⁴Groeling-Che, H., „Eine Frau mit 'zwei Köpfen'? Zur Untersuchung deutsch-chinesischer Ehen in Deutschland“, in: Cheng, Y. (Hrsg.), *Frauenstudien. Beiträge der Berliner China-Tagung 1991*, Berliner China-Studien 20, München 1991, S.297-309.

⁵Giese, K., „Patterns of migration from Zhejiang to Germany“, in: Pieke, F./Mallee, H. (Hrsg.), *Internal and International Migration. Chinese Perspectives*, Richmond, Surrey 1999, S.199-214.

¹Die ersten Chinesen besuchten nachweisbar 1821 Deutschland; Berichte über frühere Aufenthalte sind nicht gesichert. Siehe: Güttinger, E., „A Sketch of the Chinese Community in Germany: Past and Present“, in: Benton, G./Pieke, F. (Hrsg.), *The Chinese in Europe*, London 1998, S.197f.

12 Chinesische Zuwanderung seit 1972 im Überblick

Schon vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland⁶ und der VR China lebten Chinesen in Deutschland. Allerdings stammte nur eine äußerst geringe Zahl aus der VR China, aus der eine Zuwanderung in den fünfziger und sechziger Jahren aufgrund der politischen Weltlage und der Situation in der Volksrepublik selbst praktisch nicht stattfand.⁷ Auch nach 1972 änderte sich an dieser Situation zunächst wenig. Trotz des parallel zur Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zur VR China vollzogenen Abbruchs der diplomatischen Bande zu Taiwan dominierten aus Taiwan stammende Chinesen noch bis weit in die achtziger Jahre hinein zumindest zahlenmäßig die chinesische Minderheit in Deutschland. Dennoch ist das Jahr 1972 als Wendemarke anzusehen, da nach mehreren Jahrzehnten der Stagnation seither die Zahl der Chinesen aus der VR China bis zum heutigen Tage stetig anwächst.

Die wachsende Zuwanderung nach Deutschland manifestierte sich zunächst nur sehr zögerlich. So betrug der Anteil chinesischer Staatsbürger an der Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung in den siebziger Jahren nicht mehr als 0,02%.⁸ Erst mit der Einleitung der wirtschaftlichen und politischen Reformen sowie der Öffnung Chinas Ende der siebziger Jahre begann sich auch die chinesische Zuwanderung nach Deutschland auszuweiten. Erst im Jahr 1983 erreichte in Deutschland die Zahl der Chinesen aus China mit 3.720 einen Gleichstand mit der chinesischen Bevölkerung aus Taiwan (3.710).⁹

Die achtziger Jahre waren in Deutschland durch eine Stagnation der ausländischen Bevölkerung geprägt, nachdem die damalige deutsche Regierung 1973 einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte erlassen und auch für Familienzusammenführungen das Immigrationsregime

⁶Alle Angaben zur Immigration und zum Aufenthalt von chinesischen Staatsbürgern in Deutschland beziehen sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland. Beginnend mit dem Jahr 1992 werden in Zahlenangaben auch die Neuen Länder und damit das Gebiet der ehemaligen DDR abgedeckt, während diese in den offiziellen Statistiken der Jahre 1990 und 1991 noch keine Berücksichtigung fanden.

Für die DDR gilt, dass die Zahl dort lebender Chinesen äußerst gering ausfiel. Von den ursprünglich auch dort ansässigen Chinesen waren die meisten aufgrund der Erschwerung ihrer Lebensbedingungen bis zum Bau der Berliner Mauer abgewandert. Neue Zuwanderung fand aufgrund des ideologischen Gegensatzes zwischen DDR und VR China über Jahrzehnte hinweg praktisch nicht statt. Vgl. Güttinger, E. 1998, S.203.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gefasste Pläne für die Beschäftigung von bis zu 90.000 chinesischen Gastarbeitern und Trainees in der DDR wurden aufgrund der politischen Entwicklungen, die zum Zusammenbruch der DDR und letztlich zur deutschen Wiedervereinigung führten, nicht realisiert. So waren im Dezember 1990 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik lediglich 40 Chinesen aus der VR China verblieben. Vgl. Krüger-Potratz, M., *DDR: Ausländer und Minderheiten in der DDR: Anderssein gab es nicht*, Waxmann aktuell, Münster 1991, S.163, 171.

⁷Groeling-Che, H., „Wenn die Küche brennt und der Turm einstürzt. Gesinnungs- und Strukturwandel der Überseechinesen in Deutschland – ein erster Bericht“, in: *das neue China*, 25(4), 1998, S.12.

⁸Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 1.4. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1980*, Stuttgart 1981, S.20f.

⁹Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1986*, Stuttgart 1987, S.22f.

verschärft hatte. Umso interessanter ist die Tatsache, dass die chinesische Bevölkerung im Gegensatz zu diesem allgemeinen Muster im selben Zeitraum stetig anwuchs. Dies spiegelt sich vor allem im wachsenden Anteil von chinesischen Staatsbürgern unter den in Deutschland lebenden Ausländern, der sich binnen zehn Jahren von 0,03% im Jahr 1979 auf 0,29% (14.085 Personen) verzehnfachte.¹⁰

Zwischen 1989 und 1993 wuchs aufgrund steigender Zahlen von chinesischen Migranten und eines erhöhten Anteils derer, die längerfristig in Deutschland verblieben die Größe der chinesischen Bevölkerung rasch weiter an. Im selben Zeitraum erhöhte sich auch der Anteil der Chinesen an der ausländischen Gesamtbevölkerung Deutschlands um weitere 50% und erreichte 1993 0,46%. Mit 1994 und 1995 folgten zwei Jahre der Stagnation, in denen die Neuzuwanderung fast zum Erliegen kam. Bald wurde jedoch deutlich, dass es sich hierbei um ein kurzes, der politischen Situation geschuldetes Intermezzo handelte, beschleunigen sich doch seit 1996 Jahr für Jahr sowohl die Immigration als auch das Wachstum der chinesischen Wohnbevölkerung in Deutschland. Nahm die Zahl der Chinesen im Jahr 1996 gegenüber dem Vorjahr noch um moderate 4,4% zu, so wuchs die chinesische Gemeinschaft in Deutschland von 2000 auf 2001 um rekordverdächtige 24%.¹¹

Betrachtet man die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland im Zeitraum von 1978 bis 2001 insgesamt, so ist festzustellen, dass deren Zahl sich nicht einmal verdoppelte. Unter denselben politischen Rahmenbedingungen wuchs auf der anderen Seite die chinesische Gemeinde im Wesentlichen durch Zuwanderung im selben Zeitraum jedoch auf das Vierundsechzigfache ihrer Größe im Jahr 1978 an. Ohne Frage ist dies eine eindrucksvolle Entwicklung. Im Lichte der absoluten Zahl von ca. 63.000 Chinesen aus der VR China betrachtet, die Ende 2001 in der Bundesrepublik legal lebten, handelt es sich aber nach wie vor um eine kleine ethnische Minderheit unter den mehr als 7,3 Mio. Menschen mit ausländischen Pässen in Deutschland.¹² Hinzu kommt, dass es sich bei der chinesischen Minderheit um eine – aus politischer und strafrechtlicher Perspektive betrachtet – ausgesprochen unproblematische Gruppe handelt, die im Zusammenhang mit der politischen und öffentlichen Zuwanderungs- und Integrationsdebatte in Deutschland bisher keine Rolle spielte. Chinesen sind bisher äußerst selten in das Fadenkreuz der veröffentlichten Meinung geraten, da Mitglieder dieser Ethnie in Deutschland bislang kaum öffentlich in Erscheinung traten. Chinesen werden weder in den Statistiken der deutschen Strafverfolgungsbehörden „sichtbar“ noch tendieren sie bislang offensichtlich dazu deutlich erkennbare ethnische Ghettos zu bilden, wie sie als „China Towns“ aus London, Paris oder New York bekannt sind.

¹⁰Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1992*, Stuttgart 1994, S.18f.; Berechnungen des Autors.

¹¹Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.20f.; Bundesministerium des Inneren, *Datenblatt China*, BMI-A 5-936 047/0, Brief (A 5-936 940 II) vom 19 April 2002, ohne Seitenangabe.

¹²Ebd.

Tabelle 5: Die chinesische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1972-2001

Jahr	Zuzug	Wohnbevölkerung	Anteil an der ausländ. Bevölkerung	Jahr	Zuzug	Wohnbevölkerung	Anteil an der ausländ. Bevölkerung
1972		462	0,01%	1987		9.732	0,21%
1973		525	0,01%	1988		10.761	0,24%
1974		658	0,02%	1989		14.085	0,29%
1975		730	0,02%	1990	6.476	18.376	0,34%
1976		972	0,02%	1991	5.560	22.098	0,38%
1977		934	0,02%	1992	6.698	25.479	0,39%
1978		984	0,02%	1993	8.745	31.451	0,46%
1979		1.348	0,03%	1994	5.787	32.316	0,46%
1980		2.146	0,05%	1995	5.530	33.172	0,46%
1981		2.812	0,06%	1996	6.264	34.621	0,47%
1982		3.419	0,07%	1997	7.450	36.723	0,50%
1983		3.720	0,08%	1998	7.888	38.726	0,53%
1984		4.024	0,09%	1999	10.913	42.925	0,58%
1985		6.178	0,14%	2000		50.885	0,70%
1986		8.112	0,18%	2001		63.111	0,86%

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 1.4. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1980*, Stuttgart 1981, S.20f.; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1992*, Stuttgart 1994, S.18f.; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.20f.; Bundesministerium des Inneren, *Datenblatt China*, BMI-A 5-936 047/0, Brief (A 5-936 940 II) vom 19 April 2002, ohne Seitenangabe; Berechnungen des Autors.

Angesichts dieser Situation bestimmt das Bild des Restaurantbetreibers, Kellners und Kochs bis heute das dominante Bild dieser Ethnie in Deutschland. Die Bereicherung des deutschen Speiseplans durch die chinesische Gastronomie dürfte daher ausschlaggebend für das insgesamt positive Bild der Chinesen in der deutschen Öffentlichkeit sein. Hinzu kommt die seit den achtziger Jahren in Wirtschaft und Politik zunehmend dominierende Sichtweise, dass es sich bei Angehörigen dieser Ethnie in Deutschland um Repräsentanten eines riesigen aufstrebenden Entwicklungslandes und gleichzeitig potenziell größten und schnellstwachsenden Zukunftsmarktes für deutsche Produkte und Investitionen handelt.

13 Die politische Ökonomie der chinesischen Immigration nach Deutschland

13.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen heute

Das Jahr 1973 markiert rückwirkend betrachtet nicht nur den eigentlichen Beginn der Zuwanderung aus China nach Deutschland, es stellt auch einen Wendepunkt der deutschen Ausländerpolitik dar. Nach 18 Jahren aktiver Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer hatte die Zahl der Gastarbeiter und ihrer Angehörigen 2,6 Millionen erreicht. Angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und einer sich abzeichnenden strukturellen wirtschaftlichen Krise wurde nun ein genereller Anwerbestopp für ausländische Beschäftigte erlassen.¹³

¹³Vgl. zu den noch heute gültigen Bedingungen des Anwerbestopps u.a.: Cyrus, N., *Ein Anwerbestopp und seine Ausnah-*

Seither stehen Bürgern von Ländern außerhalb der Europäischen Union und damit auch chinesischen Staatsbürgern für eine Einreise nach Deutschland nur noch vier Wege offen: Deutsche Einreisevisa verbunden mit einem in der Regel befristeten und/oder zeitlich beschränktem Aufenthaltsrecht werden auch heute nur noch Studenten und Wissenschaftlern, engen Familienangehörigen von Deutschen oder legal in Deutschland aufhältigen Ausländern (Ehegatten sowie abhängige Kinder im Alter unter 16 Jahren), Arbeitnehmern mit spezifischer Qualifikation (im chinesischen Kontext fast ausschließlich so genannte Spezialitätenköche) jeweils für längerfristige Aufenthalte sowie Touristen und Geschäftsleuten für kurzfristige Aufenthalte erteilt. Über diese Gruppen legal nach Deutschland einreisender Personen hinaus erhalten meist illegal einreisende Ausländer, die einen Antrag auf Anerkennung als politischer Flüchtling stellen, bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens einen spezifischen Aufenthaltstitel.¹⁴

Die große Mehrheit der Ende 2001 in Deutschland lebenden ca. 63.100 chinesischen Staatsbürger besaß ein befristetes Aufenthaltsrecht. Lediglich 10% waren bis zu diesem Zeitpunkt im Besitz eines durch eine unbefristete *Aufenthaltsurlaubnis* (5.452 Personen) oder *Aufenthaltsberechtigung* (1.020 Personen) gegebenen Rechts auf unbefristeten und uneingeschränkten Aufenthalt in Deutschland, während andererseits 38% der gesamten ausländischen Bevölkerung Deutschlands über dieses Recht der permanenten Niederlassung verfügten. Mit 17.000 Fällen bildeten Personen mit einer zeitlich befristeten und zweckgebundenen Aufenthaltsbewilligung die größte Gruppe unter den chinesischen Staatsbürgern. 1.951 Chinesen hielten sich als so genannte „de facto Flüchtlinge“ mit einer Aufenthaltsbefugnis in Deutschland auf, und 2.860 besaßen den unsicheren und prekären Status der *Duldung*, solange eine freiwillige Rückkehr oder Zwangsabschiebung aus politischen, humanitären oder praktischen Gründen nicht möglich war. Zum selben Zeitpunkt befanden sich weitere 2.665 chinesische Staatsbürger in Asylverfahren, die noch nicht letztinstanzlich abgeschlossen waren.¹⁵

13.2 Visa, der erste Schritt

Bürger der VR China, die einen Aufenthalt in Deutschland planen, müssen zunächst im Besitz eines gültigen Reisepasses sein, was für die große Mehrheit der chinesischen Bevölkerung auch heute keineswegs selbstverständlich ist. Für kurzfristige Aufenthalte bis zu 90 Tagen werden von deutscher Seite zusätzlich Nachweise über den Zweck der Reise (z.B. eine Einladung einer Institution oder von Verwandten in Deutschland), für die Dauer der Reise ausreichende finanzielle Mittel zum Lebensunterhalt sowie über die „feste Verwurzelung im Heimatland“ (feste Wohnung, fester langfristiger Arbeitsplatz, enge Ver-

wandte etc.) und von Fall zu Fall auch die Vorlage von Rückflugtickets gefordert.

Für längerfristige Aufenthalte gelten zusätzliche bzw. unterschiedliche Anforderungen an die Antragsteller. In diesen Fällen entscheiden jedoch nicht die Botschaft bzw. die Konsulate in China selbst. Vielmehr werden die Unterlagen an die zuständigen Ausländerbehörden des geplanten Aufenthaltsorts in Deutschland zur Entscheidung übersandt. In Abhängigkeit vom Zweck des geplanten Aufenthalts müssen Antragsteller zum Beispiel Nachweise über die Eheschließung mit und über ausreichende finanzielle Mittel des bereits legal in Deutschland lebenden Ehepartners sowie das Vorhandensein angemessenen Wohnraums (Familiennachzug) liefern. Studenten haben ebenfalls ausreichende finanzielle Mittel (i.d.R. für das erste Jahr des Aufenthalts) nachzuweisen, des Weiteren aber auch ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und des geplanten Studienfachs sowie eine Zusage einer deutschen Hochschule für eine Immatrikulation. Ist die Arbeitsaufnahme geplant, hat der Antragsteller u.a. einen Arbeitsvertrag und eine deutsche Arbeitserlaubnis vorzuweisen.¹⁶

Einreisevisa können in China in der deutschen Botschaft in Beijing und in den zwei Konsulaten in Shanghai und Guangzhou beantragt werden.¹⁷ Das deutsche Konsulat in Shanghai bearbeitet Anträge von Personen mit ständigem Wohnsitz (*hukou*) in Shanghai selbst sowie in einer der benachbarten Provinzen Jiangsu, Anhui und Zhejiang, während das Konsulat in Guangzhou für Guangdong, Fujian, Hainan und Guangxi zuständig ist und die Botschaft in Beijing Visaanträge aus allen übrigen Regionen der Volksrepublik China bearbeitet.¹⁸ Auf der Grundlage dieser geographischen Zuständigkeiten spiegeln die Visastatistiken der verschiedenen deutschen Vertretungen in China trotz gewisser Einschränkungen zumindest in Form eines groben Bildes die primären Herkunftsregionen von chinesischen Staatsbürgern wider, die sich legal in Deutschland aufhalten.¹⁹

¹⁶Auswärtiges Amt, „Länder- und Reiseinformationen China: Die deutschen Vertretungen“, *Auswärtiges Amt website*, online, via: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/adressen/dtl_vertretung?type_id=14&land_id=32&path_id=Vertretungen, Aufruf: 11.6.2002.

¹⁷Ein weiteres Konsulat in Hongkong ist zuständig für Visaanträge aus der ehemaligen britischen Kronkolonie sowie für die ehemalige portugiesische Kolonie Macau. Seit 2001 besteht allerdings Visafreiheit für die Einwohner Hongkongs für Aufenthalte in Deutschland von bis zu 90 Tagen Dauer. Auswärtiges Amt, telefonische Information des Ref. 514, RA Fries-Gaier, 22. April 2002.

¹⁸Auswärtiges Amt, „Länder- und Reiseinformationen“ ..., a.a.O.

¹⁹Das Bild bleibt vage, weil in den Visastatistiken der Wohnort der Antragsteller nicht erfasst wird. Daneben werden in den drei konsularischen Vertretungen in China auch Antragstellern aus Drittstaaten Visa erteilt, obgleich deren Zahl nach Auskunft des Auswärtigen Amtes verschwindend gering ist. Hinzu kommt, dass auf der Grundlage des so genannten Schengen-Abkommens von deutschen Auslandsvertretungen erteilte Visa auch zur Einreise in andere Staaten des Schengen-Raumes berechtigen und somit Visastatistiken keine Auskunft über den tatsächlichen Verbleib der Antragsteller innerhalb dieser Region geben können. Siehe: Auswärtiges Amt, telefonische Information des Ref. 514, RA Fries-Gaier, 22. April 2002; Auswärtiges Amt, telefonische Information des Ref. 514, Herr Manig, 12. Juni 2002.

men, online, via: <http://www.polskarada.de/anwerbe.htm>, Aufruf: 11.6.2002.

¹⁴Einreise und unterschiedliche Aufenthaltstitel sind im deutschen Ausländerrecht geregelt, hier insbesondere die §§ 15, 24ff., 51 und 55. Vgl. *Deutsches Ausländerrecht*, 5. Auflage, München 1992.

¹⁵Ausländerzentralregister (AZR), *Datenblätter China/Bundesrepublik Deutschland*, 31. Dezember 2001, Telefax der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen vom 17. April 2002; Bundesministerium des Innern (BMI) 2002.

Tabelle 6: In China erteilte Einreisevisa 1996-2001

<i>Jahr</i>	<i>Konsularregion</i>	<i>Besuchsvisa</i>	<i>Nationale Visa</i>	<i>Region absolut</i>
1996	total	52.094	3.395	55.489
	Beijing	37.204	2.178	39.382
	Shanghai	14.890	1.217	16.107
	Guangzhou			
1997	total	72.473	4.804	77.277
	Beijing	44.806	3.104	47.910
	Shanghai	16.278	1.499	17.777
	Guangzhou	11.389	201	11.590
1998	total	73.067	5.045	78.112
	Beijing	43.969	3.432	47.401
	Shanghai	17.356	1.325	18.681
	Guangzhou	11.742	288	12.030
1999	total	81.281	8.195	89.476
	Beijing	50.184	5.672	55.856
	Shanghai	19.705	1.987	21.692
	Guangzhou	11.392	536	11.928
2000	total	97.207	14.291	111.498
	Beijing	59.442	10.466	69.908
	Shanghai	24.027	2.835	26.862
	Guangzhou	13.738	990	14.728
2001	total	98.709	16.322	115.031
	Beijing	57.161	10.466	67.627
	Shanghai	29.254	4.651	33.905
	Guangzhou	12.294	1.205	13.499

Quelle: Auswärtiges Amt, *Statistik über die Visaerteilung der Auslandsvertretungen in der Volksrepublik China (einschl. Hongkong) von 1996-2001*, Telefax von RA Fries-Gaier, Ref. 514, 22. April 2002; Berechnungen des Autors.

Trotz aller Vorsicht, mit der eine Interpretation der für die Jahre 1996 bis 2001 vorliegenden Statistiken nur erfolgen kann, deuten die Zahlen auf spezifische dominante Herkunftsregionen hin. Während der hohe Anteil der Visa, die in Beijing erteilt wurden, letztlich die große Bevölkerungszahl im geographischen Zuständigkeitsbereich dieser Vertretung widerspiegelt, überrascht das Ergebnis für Shanghai insbesondere im Hinblick auf die hohe Zahl der dort ausgestellten so genannten Nationalen Visa für einen längerfristigen Aufenthalt in Deutschland. Mit einem Anteil von 30% an der Gesamtzahl der von deutschen Vertretungen in China erteilten Nationalen Visa entfallen auf das Konsulat Shanghai etwa doppelt so viele, wie man angesichts der Einwohnerzahl des Einzugsbereichs dieses Konsulats erwarten dürfte. Obgleich keine gesicherten Informationen über Herkunftsprovinz und Wohnort derjenigen chinesischen Migranten vorliegen, die ihre Visa in Shanghai erhielten, dürfte es nicht nur Spekulation sein, daraus den folgenden Zusammenhang herzustellen: Da der

Kern der chinesischen Gemeinschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich von Immigranten aus dem Kreis Qingtian in der chinesischen Provinz Zhejiang gebildet worden war und Familien aus dieser Region bis heute eindeutig die chinesische Gastronomie in Deutschland dominieren, ist anzunehmen, dass diese in den späten siebziger Jahren damit begannen, eine auf Familienbanden basierende Migrationskette zu etablieren, über die sich bis zum heutigen Tage – ausgedehnt auf temporär beschränkte Arbeitsaufenthalte – Immigration nach Deutschland in erheblichem Umfang speist.

14 Chinesen in Deutschland heute

14.1 Regionale Verteilung und Siedlungszentren

Die höchsten absoluten Zahlen von chinesischen Staatsbürgern in der Bundesrepublik Deutschland weisen zweifellos Nordrhein-Westfalen im Westen sowie Baden-Württemberg und Bayern im Süden auf, gefolgt von Berlin. Seit im Jahr 1992 erstmals entsprechende Statistiken für ganz Deutschland vorgelegt wurden, hat sich hinsichtlich der Verteilung von Chinesen über das deutsche Territorium prinzipiell wenig verändert. Die Größe der chinesischen Bevölkerung einer Region spiegelt im Wesentlichen die Größe der Gesamtbevölkerung im Allgemeinen und den Anteil der ausländischen Bevölkerung daran im Besonderen wider. Mit wenigen Ausnahmen gilt: Je größer die Bevölkerung eines Bundeslandes, umso höher ist allgemein die Zahl der Ausländer und der chinesischen Staatsbürger gleichermaßen.

Dennoch deuten die offiziellen deutschen Bevölkerungsstatistiken auf die Existenz eines spezifisch chinesischen Verteilungsmusters hin. Die Neuen Länder im Osten Deutschlands sind hierfür ein interessantes – wenn auch nicht hoch signifikantes – Beispiel. Obwohl absolut betrachtet auch Ende 2001 immer noch sehr wenige Chinesen überhaupt hier lebten, wuchs zwischen 1992 und 2001 doch die chinesische Bevölkerung hier mit deutlich größerer Geschwindigkeit als im übrigen Bundesgebiet. Darüber hinaus scheinen chinesische Staatsbürger eher geneigt, einen Wohnort in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen zu wählen als Ausländer anderer Nationalitäten. Unabhängig von Ausländeranteilen zeigt das Verteilungsmuster von Chinesen allerdings auch in den genannten Bundesländern ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der allgemeinen Bevölkerungsverteilung auf und ist zumindest in dieser Hinsicht nicht signifikant. Insbesondere im Falle Brandenburgs dürften höhere chinesische Bevölkerungsanteile nicht zuletzt auf die unmittelbare Nachbarschaft zu Berlin zurückzuführen sein. Ein

Tabelle 7: Deutsche, chinesische und ausländische Bevölkerung nach Bundesländern

Bundesland	Deutsche Bevölkerung 1999	Ausländische Bevölkerung 1999	Chinesische Bevölkerung 1992	Chinesische Bevölkerung 2001	
					Anteil der chin. Bevölkerung in %*
Schleswig-Holstein	2.777.300	151.900	610	1.151	0,04
Hamburg	1.704.700	261.900	1.719	4.211	0,25
Niedersachsen	7.898.800	527.800	1.712	3.964	0,05
Bremen	663.100	79.200	527	1.117	0,17
Nordrhein-Westfalen	17.999.800	2.044.600	6.789	13.189	0,07
Hessen	6.052.000	730.500	1.999	5.570	0,09
Rheinland-Pfalz	4.030.800	306.300	978	3.244	0,08
Baden-Württemberg	10.475.900	1.305.200	3.255	8.808	0,08
Bayern	12.155.000	1.123.300	4.039	8.193	0,07
Saarland	1.071.500	88.300	361	781	0,07
Berlin	3.386.700	433.600	3.046	5.887	0,17
Brandenburg	2.601.200	61.200	114	1.362	0,05
Mecklenburg-Vorpommern	1.789.300	31.700	46	339	0,02
Sachsen	4.459.700	105.000	141	2.765	0,06
Sachsen-Anhalt	2.648.700	44.200	81	1.365	0,05
Thüringen	2.449.100	41.700	62	1.165	0,05
Gesamt	82.163.600	7.336.400	25.479	63.111	0,08

* Berechnungen basieren auf der Zahl chin. Staatsbürger in Deutschland 2001 und der Größe der deutschen Bevölkerung 1999. Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländer, 1992*, Stuttgart 1994, S.66-77; Bundesministerium des Inneren, *Datenblatt China*, BMI-A 5-936 047/0, Brief (A 5-936 940 II) vom 19. April 2002, ohne Seitenangabe; Berechnungen des Autors.

weiterer Faktor, der zu der überdurchschnittlichen Zahl von chinesischen Staatsbürgern in Brandenburg beitragen dürfte und aufs Engste mit der vorangestellten Interpretation im Zusammenhang steht, ist die im Vergleich zu den anderen östlichen Bundesländern offenkundige Attraktivität dieses Bundeslandes für chinesische Asylbewerber.

Deutlich signifikanter als der Fall der genannten östlichen Bundesländer stellt sich jedoch die Situation in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen dar. Hier waren Ende 2001 Konzentrationen chinesischer Staatsbürger feststellbar, die den durchschnittlichen Anteil von Bürgern der VR China von 0,08% an der deutschen Wohnbevölkerung um das Dreifache überstiegen. Unter dem Vorbehalt mangelnder wissenschaftlicher Überprüfung, wage ich an dieser Stelle dennoch die These, dass es sich hierbei um ein spezifisches Charakteristikum der chinesischen Migration nach Deutschland zu handeln scheint. Zunächst besitzen diese drei Städte Ausländerkonzentrationen, die zu den höchsten im Bundesgebiet zählen. Weiterhin sind hier zahlreiche höhere Bildungseinrichtungen angesiedelt, die sie attraktiv für ausländische Studenten machen. Nicht zuletzt aber können diese drei Städte auf eine lange Tradition chinesischer Zuwanderung zurückblicken, die zumindest im Falle Berlins und Hamburgs lange vor dem Zweiten Weltkrieg zur Bildung kleiner „China Towns“ geführt hatten. Unbestreitbar bildeten diese Städte nach Kriegsende auch den Kern, aus dem sich die chinesische Gemeinschaft in Deutschland bis heute entwickelte. Die Existenz dieser historischen Siedlungskerne dürfte seit den frühen siebziger Jahren in erheblichem Maße zur Entstehung neuer Migrationsströme aus der Heimat dieser frühen Immigranten (*lao ke*) aus Zhejiang beigetragen haben. Auf der Grundlage von Familiennachzügen, die lange Zeit das bestimmende Muster chinesischer Migration nach Deutschland bildete, konnten sich so neue Migrationsketten etablieren, über die sich bis heute ein erheblicher Teil der Immigration aus China vollzieht.

14.2 Einige demographische Charakteristika

Chinesische Migranten in Deutschland weichen im Hinblick auf ihre demographischen Charakteristika wenig von den weltweit bekannten Mustern ab. So finden sich unter der chinesischen Migrantenbevölkerung in Deutschland beispielsweise immer noch signifikant mehr Männer als Frauen. Aber angesichts spezifischer historischer und politischer Einflussfaktoren scheinen auch einige spezifische Charakteristika zu existieren, die andere Migrantengruppen nicht teilen.

Vergleicht man Statistiken des Jahres 1992 mit denen des Jahres 2000, so zeigt sich, dass die chinesische Bevölkerung in Deutschland am Ende des Jahrtausends im Schnitt jünger war als 1992. Dies ist jedoch nicht auf den nahe liegenden Grund zurückzuführen, dass mehr Kinder geboren wurden und somit den Altersdurchschnitt verringern. Im Gegenteil, der Anteil der Kinder im Alter bis zehn Jahre blieb konstant bei etwa 11%. Das abnehmende Durchschnittsalter ist eindeutig auf das starke Anwachsen der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen zurückzuführen. Mit einem Anteil von 17,8% Ende 2000 hatte sich diese Altersgruppe gegenüber 9,5% im Jahr 1992 fast verdop-

pelt. Im Gegensatz dazu nahm die wirtschaftlich aktivste Altersgruppe (21 bis 40 Jahre) im selben Zeitraum von 66,3% auf 59% ab. Betrachtet man die Zahlen im Einzelnen, so ist festzustellen, dass dies im Wesentlichen auf einen deutlichen Rückgang insbesondere der 25- bis 35-Jährigen zurückzuführen ist, während die Altersgruppe zwischen 35 und 40 Jahren im Wesentlichen stabil blieb. Letzteres war auch für die Senioren unter den Chinesen in Deutschland zu konstatieren.²⁰

Eine bemerkenswerte gegenläufige Entwicklung ist im Hinblick auf die Gruppe der 40- bis 45-jährigen chinesischen Staatsbürger in Deutschland zu verzeichnen. Ihre absolute Zahl verdreifachte sich zwischen 1992 und 2001, und ihr Anteil an der chinesischen Bevölkerung stieg um fast 30%.²¹ Diese Entwicklung dürfte aufs Engste mit dem Anstieg der Zahl der Personen in der Altersgruppe 10-18 Jahre verbunden sein, welche nicht zuletzt aus den Nachkommen der erstgenannten Gruppe bestehen dürfte. Ohne dies im Einzelfall belegen zu können, ist davon auszugehen, dass es sich bei den heute in der Bundesrepublik lebenden Chinesen im Alter zwischen 40 und 45 Jahren überwiegend um diejenigen handeln dürfte, die nicht lange vor bzw. bald nach der politischen Tragödie des 4. Juni 1989 nach Deutschland kamen. Aufgrund humanitärer Erwägungen erhielten chinesische Studenten – wie auch andere chinesische Migranten – damals ein langfristiges Bleiberecht verbunden mit einer rechtlichen Vorzugsbehandlung, die es ihnen u.a. im Unterschied zu Studenten anderer Nationen ermöglichte, in Deutschland einer geregelten Erwerbstätigkeit nachzugehen. Viele blieben daher offensichtlich auch nach Beendigung der politischen Sanktionen der westlichen Staaten gegen China und auch als sich die allgemeine Situation in der Volksrepublik in den neunziger Jahren deutlich verbesserte. Viele fanden Lebenspartner unter den in Deutschland verbliebenen Migranten, die ihr Schicksal teilten, oder kehrten – nachdem sie eine langfristige oder permanente Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland erhalten hatten – später nach China zurück, heirateten und ließen ihre Ehepartner und weitere Familienmitglieder nach Deutschland nachkommen.

Das Schicksal dieser Gruppe von chinesischen Migranten in Deutschland und die damaligen Entscheidungen der deutschen Regierung zu ihren Gunsten hinterließen deutliche Spuren in den Statistiken über die Aufenthaltsdauer von chinesischen Staatsbürgern in Deutschland. So fiel der Anteil derer, die sich zum Beginn des neuen Jahrtausends bereits 10-15 Jahre in der Bundesrepublik aufhielten, mit 15,7% dreimal so hoch aus wie noch 1992 (4,7%). Bereits 1992 hatte sich diese politisch verursachte Anomalie in den Statistiken niedergeschlagen. Damals war es der Anteil derer, die sich zwischen ein und vier Jahren in Deutschland aufgehalten hatten, der mit 48,2% die politische Zäsur des Sommers 1989 in großer Deutlichkeit

²⁰Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 1992*, Stuttgart 1994, S.90f.; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.28f.; Berechnungen des Autors.

²¹Ebd.

Tabelle 8: Chinesische Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen 1992, 2000

Altersgruppe Jahr	<6 J.	6-10 J.	10-15 J.	15-18 J.	18-21 J.	21-25 J.	25-30 J.
1992	1.200	600	500	400	600	1.800	5.000
2000	2.200	1.200	1.400	1.000	2.600	6.500	8.500
Altersgruppe Jahr	30-35 J.	35-40 J.	40-45 J.	45-50 J.	50-55 J.	55-60 J.	60+ J.
1992	5.800	4.300	1.700	1.200	1.000	700	600
2000	8.700	8.400	4.600	2.500	1.100	800	1.300

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 1992*, Stuttgart 1994, S.90f.; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.28f.

Tabelle 9: Chinesische Bevölkerung in Deutschland nach Aufenthaltsdauer 1992, 2000, 2001

Aufenthaltsdauer Jahr	<1 J.	1-4 J.	4-6 J.	6-8 J.	8-10 J.	10-15 J.	15-20 J.	20+ J.
1992	4.700	12.300	3.900	2.200	800	1.200	200	200
2000	11.600	15.300	4.800	4.800	4.600	8.000	1.300	600
2001	27.600	10.700	5.600	3.500	5.100	8.300	1.600	700

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 1992*, Stuttgart 1994, S.112; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.36f.; Bundesministerium des Innern, *Datenblatt China*, BMI-A 5-936 047/0, Brief (A 5-936 940 II) vom 19. April 2002.

widerspiegelte.²² Die Normalität jenseits dieser Tragödie scheint aber durch eine jeweils sehr hohe Zahl von Neuankömmlingen, die sich zum Zeitpunkt der jeweiligen Datenerhebung nicht länger als ein Jahr im Lande aufgehalten haben, und eine mit wachsender Aufenthaltsdauer deutlich abnehmende Migrantenbevölkerung charakterisiert zu sein – nur ein geringer Anteil der Migranten erreicht in der Regel also lange Aufenthaltszeiten.

Im Hinblick auf den Familienstand ist festzustellen, dass Ende 2000 mit 45,7% eine knappe Minderheit der chinesischen Migranten in Deutschland verheiratet war. Unterscheidet man jedoch nach der Art ihres Aufenthaltstitels, so ist festzustellen, dass unter denjenigen, die eine Berechtigung für einen gesicherten langfristigen Aufenthalt besaßen, die Verheirateten die Mehrheit stellten. Je sicherer das Aufenthaltsrecht in Deutschland, desto höher fiel der Anteil der Verheirateten aus, was kaum überraschen kann. Unter der chinesischen Migrantenbevölkerung in Deutschland mit einer langfristigen aber zeitlich befristeten *Aufenthaltslaubnis* waren 53% verheiratet, während es unter den Besitzern eines zeitlich unbeschränkten Aufenthaltstitels des gleichen Typs mehr als zwei Drittel waren. Diejenigen unter den Chinesen in der Bundesrepublik, die mit einer *Aufenthaltsberechtigung* das sicherste

Aufenthaltsrecht besaßen, das ein Ausländer in Deutschland erhalten kann, waren zu 72% verheiratet. Im scharfen Kontrast dazu steht der Befund für die Gruppe der chinesischen Staatsbürger in Deutschland mit einem zeitlich befristeten und zweckgebundenen Aufenthaltstitel (*Aufenthaltsbewilligung*) – beinahe drei Viertel von ihnen waren unverheiratet.²³ Die Sicherheit bzw. Unsicherheit des ausländerrechtlichen Status spielt somit neben dem Alter eine entscheidende Rolle im Zusammenhang mit der Frage nach dem Familienstand eines (chinesischen) Migranten in der Bundesrepublik Deutschland.

15 Chinesen in Deutschland – keine homogene Gruppe

Aus der vorangegangenen Diskussion einiger grundsätzlicher demographischer Charakteristika und des rechtlichen Migrationsregimes, wie es sich in Deutschland seit den frühen siebziger Jahren herausgebildet hat, sollte deutlich geworden sein, dass chinesische Migranten in der Bundesrepublik keinesfalls als homogene Gruppe anzusehen sind. Vielmehr können verschiedene Migrantengruppen identi-

²²Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 1992*, Stuttgart 1994, S.112; Berechnungen des Autors.

²³Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.44f.; Berechnungen des Autors.

Tabelle 10: Verschiedene Gruppen chinesischer Migranten in Deutschland 1998-2001

Jahr	1998	1999	2000	2001
<i>Studenten</i>	5.355	6.526	9.109	12.000**
<i>Asylbewerber</i>	869	1.236	2.072	1.531
<i>Beschäftigte</i>	6.766	6.958	7.944	9.432
<i>Kinder unter 16</i>	4.500*	4.700*	4.800*	5.040
<i>andere</i>	21.236	23.505	26.960	35.108
<i>gesamt</i>	38.726	42.925	50.885	63.111

* gerundet.

** Schätzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 1998/99*, Metzler-Poeschel, Stuttgart, S.17f., 26; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen, 2000*, Stuttgart 2002, S.36f.; Bundesministerium des Innern, Datenblatt China, BMI-A 5-936 047/0, Brief (A 5-936 940 II) vom 19. April 2002.

fiziert werden, die einige Charakteristika teilen, in anderen jedoch deutlich voneinander abweichen. Amtliche deutsche Statistiken bestätigen diese Annahme, weisen sie doch Studenten, Arbeitsmigranten, abhängige Kinder und Asylbewerber getrennt aus. Hinzu kommen Informationen, die aus verschiedenen Quellen über offiziell nicht in die Gewerbsarbeit integrierte Familienmitglieder von chinesischen Migranten sowie über chinesische Touristen gewonnen werden können.

Um dieser Diversität gerecht zu werden, wird in der nachfolgenden Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen unterschieden. In erster Linie sollen die Gruppen von Chinesen näher untersucht werden, denen in jüngster Vergangenheit ein erhöhtes öffentliches – und nicht zuletzt politisches – Interesse zuteil geworden ist und noch zuteil werden wird: Studenten, Arbeitsmigranten, Touristen sowie irreguläre Migranten einschließlich Asylbewerbern.

15.1 Bildungsmigranten

Seit Ende der siebziger Jahre reisten Studenten aus der Volksrepublik China nach Deutschland zum Studium ein und nahmen damit eine Tradition wieder auf, die ursprünglich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ersten chinesischen „Studenten“ ins damalige deutsche Kaiserreich geführt hatte. Die Parallelen mit dem historischen Vorbild waren – sowohl auf der deutschen als auch auf der chinesischen Seite – ebenfalls frappierend. Zum zweiten Mal in der neueren chinesischen Geschichte kam die Staatsführung zu der Überzeugung, dass Selbstisolation und chaotische innenpolitische Entwicklungen das Land in eine prekäre Lage auf der internationalen politischen Bühne geführt hatten. Für Deng Xiaoping und die gesamte Führungsriege war Ende der siebziger Jahre klar, dass die selbstgestellten Entwicklungsaufgaben nicht ohne ausländische Expertise zu bewältigen sein würden, da die höheren Bildungsinstitutionen in China nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Herrschaft der Viererbande aus eigener Kraft vorerst keinen entscheidenden Beitrag zur Modernisierung des Landes und zum Aufbau der Wirtschaft leisten konnten. Eine längere Aufbauzeit war im universitären Bereich unab-

dingbar. Also wurden Studenten ins Ausland entsendet, um auf diese Weise Humankapital für die Modernisierung des Landes zu akkumulieren.

Auf der deutschen Seite wurde die Entsendung chinesischer Studenten sowohl politisch als auch ökonomisch begrüßt. Politisch war man der Meinung, dass eine universitäre Ausbildung von Studenten aus diesem riesigen sozialistischen Land in Deutschland letztlich nicht ohne Auswirkungen auf diese Vertreter der zukünftigen chinesischen Elite bleiben würde. Einmal dem demokratischen System und dem liberalen Lebensstil einer westlichen Demokratie ausgesetzt – so die Logik des Kalten Krieges – würden sich die jungen Intellektuellen über kurz oder lang wohl vom sozialistischen Ideal ihres Vaterlandes abwenden und zu Parteigängern des Westens und damit zum Motor durchaus erwünschter politischer Veränderungen in China werden. Auf Seiten der deutschen Wirtschaft erhoffte man sich einmal mehr Impulse für deutsche Exporte in das Rote Reich der Mitte und unternahm daher wie schon ein Jahrhundert zuvor Versuche, die chinesischen Studenten, die in ihrer Mehrheit zum Studium der Natur- und Ingenieurwissenschaften nach Deutschland geschickt wurden, enger an die deutsche Wissenschaft und selbstverständlich auch die Industrie zu binden.

In der ersten Phase dieser neuen Bildungsmigration aus China bildeten Stipendien der chinesischen Regierung bzw. deutscher akademischer Einrichtungen wie des DAAD die einzig verfügbaren finanziellen Mittel zur Durchführung eines Studiums in Deutschland. Wie bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war diese Studentengeneration hoch motiviert und sah ihr Auslandsstudium als Beitrag zur technischen und ökonomischen Modernisierung ihres Heimatlandes. Als jedoch ab etwa Mitte der achtziger Jahre die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in den Großstädten der exportorientierten chinesischen Küstenregion deutlich erkennbare Früchte trug und auch die städtischen Einkommen wuchsen, stieg auch die Zahl der chinesischen Studenten schnell an, die ohne staatliche Unterstützung der chinesischen Regierung nur von ihren Familien finanziert oder mit deutschen Stipendien ausgestattet ein Studium an deutschen Hochschulen aufnahmen. Insgesamt nahm die Zahl der chinesischen

Studierenden in Deutschland wie überall in der westlichen Welt rapide zu. Unzählige Kooperationsprogramme, die im Laufe der Jahre zwischen deutschen und chinesischen Bildungseinrichtungen abgeschlossen wurden, förderten die chinesische Studentemigration nach Deutschland in erheblichem Maße.²⁴

Die Niederschlagung der von Studenten getragenen chinesischen Demokratiebewegung des Frühsommers 1989 bedeutete zwar auf vielen Gebieten eine Zäsur in der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China, doch stellte dieses Ereignis offensichtlich keineswegs ein Hindernis für das weitere Anwachsen der Zahl von chinesischen Studenten in Deutschland dar. Das Gegenteil war der Fall: Die große Sympathie, die den Studenten auf dem Platz des himmlischen Friedens in Beijing von Politik und Bevölkerung in Deutschland wie auch andernorts entgegengebracht wurde, führte zur Zulassung noch größerer Zahlen von Studenten aus der VR China zum Studium in der Bundesrepublik. Trotz der restriktiven Politik der chinesischen Regierung im Zusammenhang mit dem Auslandsstudium stieg sowohl die Zahl der Erstimmatrikulationen als auch die Gesamtzahl der chinesischen Studenten in Deutschland bis 1992/93 weiter an. Insbesondere die aufenthaltsrechtlichen Sonderregelungen für Studenten und andere chinesische Migranten als Reaktion der deutschen Regierung auf die Repressionen gegen die Unterstützer der Demokratiebewegung in China, wirkten in diesem Zeitraum offensichtlich als zusätzlicher Anreiz für studentische Migranten.

Erst zwischen 1992/93 und 1997/98 führten andere als politische Faktoren zu einer Abnahme der Zahl neu immatrikulierter chinesischer Studenten an deutschen Hochschulen. Obwohl es unmöglich scheint, auf der Basis der verfügbaren Informationen Ursachen und Wirkung eindeutig zu benennen, kann ein Blick auf die allgemeine Entwicklung in Deutschland zum Verständnis des Phänomens durchaus beitragen. Seit den frühen neunziger Jahren verblasste die Aufbruchseuphorie der nationalen Wiedervereinigung zunehmend zugunsten einer realistischen oder gar pessimistischen Perspektive, als die Wirtschaft in den Neuen Ländern nicht in dem Maße wuchs, wie dies erhofft worden war, und die dortigen Landschaften überwiegend nicht recht aufblühen wollten. Auf der einen Seite standen so eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten, hohe Arbeitslosenquoten und wachsende xenophobische Tendenzen in Deutschland. Auf der anderen Seite entspannte sich die politische Situation in China selbst zusehends, und die chinesische Regierung war offenkundig sehr darum bemüht, das 1989 verspielte Vertrauen der Akademiker und Studenten im Lande wiederzuerlangen.

Unter dem Eindruck ökonomischer Schwierigkeiten und dem Druck der Wirtschaft folgend wurden die politischen Sanktionen des Westens gegen China nach und nach wieder aufgehoben. In China hingegen wuchs die Wirtschaft weiter, und die industriellen Wachstumsraten in der Küstenregion beschleunigten sich noch. Kurz, der chinesischen Regierung gelang es, aufs Neue Vertrauen zu

schaffen, und dies nicht zuletzt unter der gut ausgebildeten städtischen Jugend. Zur selben Zeit orientierte man sich in China im Hinblick auf die administrative Reformierung der Wirtschaft eindeutig an amerikanischen Management- und Buchhaltungsmodellen. Diese Tatsache in Verbindung mit dem Boom der amerikanischen IT-Industrie, die gut ausgebildeten Chinesen gut dotierte Arbeitsplätze in einer Region mit einer ohnehin schon großen chinesischen Minderheit offerierte, machten die USA zu einem deutlich attraktiveren Studienstandort als Deutschland, das mit bekanntermaßen langen Studienzeiten bis zum Abschluss, einer schwierigen Sprache und der Tendenz offenbar abnehmender weltwirtschaftlicher Bedeutung „lockte“.

Während deutsche Universitäten ihre Attraktivität für junge Chinesen aufgrund der hohen Studiendauer einbüßten, begann eine neue chinesische Klientel die deutschen Fachhochschulen als höhere Bildungsinstitutionen zu entdecken, die deutlich stärker praxis- und berufsorientiert waren und eine wesentlich kürzere Studiendauer boten und mit ihrem verschulerten System eher dem chinesischen Universitätsmodell entsprechen. Das größte Hindernis für die Aufnahme eines Studiums an einer der deutschen Fachhochschulen war die Tatsache, dass dieser Hochschultyp in China praktisch unbekannt war und hier erworbene Diplome als längst nicht so wertvoll angesehen wurden und noch werden wie Universitätsabschlüsse. Dennoch – und hier lässt sich nur vermuten, dass es sich um eine neue chinesische Klientel handelt – wächst die Zahl chinesischer Studenten an Fachhochschulen seit der Mitte der neunziger Jahre langsam aber kontinuierlich.²⁵

Seit den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts scheint Deutschland als Studienstandort jedoch auch allgemein wieder an Attraktivität zu gewinnen. Dies mag im Zusammenhang mit dem wachsenden Bedarf an höherer Bildung in wachsenden Schichten der chinesischen Bevölkerung stehen. Die aufgrund nicht erhobener oder im Vergleich zu den Vereinigten Staaten nur geringen Studiengebühren insgesamt niedrigeren Kosten für ein Studium in Deutschland macht diesen Standort angesichts der Tatsache, dass inzwischen wohl die Mehrheit der chinesischen Studenten ausschließlich von ihren eigenen Familien finanziert werden, wieder attraktiv. Auch Werbeaktivitäten und die Einrichtung so genannter internationaler Studiengänge in englischer Sprache dürften ebenfalls dazu beigetragen haben, dass die Zahl der chinesischen Studenten in Deutschland seit 1998/99 wieder steigt.

Allerdings sollte auch ein zusätzlicher Faktor in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden – die Gründung einer recht großen Zahl von Dienstleistungsunternehmen in China, die damit werben, alles für ein Studium in Deutschland zu organisieren, vom Reisepass über das Visum bis hin zum Studienplatz.²⁶ Den kom-

²⁵Vgl.: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), *Hochschulstatistik*, zur Verfügung gestellt durch Ref. 423, Telefax vom 11. Juni 2002; Bundesministerium für Bildung und Forschung, Statistikkreferat, *Ausländische Studierende nach Hochschulart und Land der Staatsangehörigkeit 1996-2000*, Statistik, zur Verfügung gestellt durch Karin Korn-Riedlinger, E-Mail vom 22. April 2002.

²⁶Vgl. u.a.: Deutsche Botschaft Peking, VR China, Kulturreferat, *Informationen zur Akademischen Prüfstelle des Kulturreferates der Deutschen Botschaft Peking*, online, via: http://www.deutschebotschaft-china.org/de/home/presse.../akademische_pruefstelle.ht

²⁴Vgl. im Einzelnen u.a. die Untersuchung von Stober, R., *Kooperation deutscher und chinesischer Hochschulen – Bestand und Bedarf*, Hamburg 2001.

merziellen Aktivitäten dieser Agenturen dürfte es auch zumindest teilweise zuzuschreiben sein, dass sich neuerdings auch junge Chinesen an Universitäten und anderen höheren Bildungseinrichtungen im ansonsten für Chinesen wie auch andere Ausländer deutlich weniger anziehungskräftigen Osten Deutschlands in bislang unbekanntem Umfang immatrikulieren können. Es scheint, dass hier sowohl Studienplätze als auch die notwendigen Studentenvisa wesentlich einfacher und vor allem schneller zu erhalten sind als in den traditionellen universitären Zentren im Westen der Republik.

Angesichts dieser Entwicklung argumentieren deutsche Behörden nun zunehmend, der Anteil der gefälschten oder verfälschten oder auch gekauften Nachweise über die Voraussetzungen für ein Studium in Deutschland sei in den letzten Jahren stark angewachsen.²⁹ Um einen befürchteten Missbrauch der Studentenvisa zu verhindern, wurde im Juli 2001 als erster Schritt ein für alle chinesischen Studienbewerber obligatorisches persönliches Vorstellungsgespräch in der deutschen Botschaft in Beijing eingeführt. In diesem Interview wird von den Bewerbern erwartet, dass sie über die vorgelegten Unterlagen hinaus ihre Be-

Tabelle 11: Chinesische Studenten in Deutschland 1975-2001

	1975/76	1980/81	1990/91	1992/93	1995/96
Studenten	66	317	1.117	4.230	5.752
<i>davon FH</i>	-	-	-	-	-
Immatrikulationen	19	202	355	1.296	1.355
	1996/97	1997/98	1998/99	1999/2000	2000/01
Studenten	4.980	5.017	5.355	6.525	9.109
<i>davon FH</i>	462	470	594	812	1.273
Immatrikulationen	n.A.	n.A.	1.273	2.165	3.545

Quelle: Deutscher Akademischen Austauschdienst (DAAD), *Hochschulstatistik*, zur Verfügung gestellt durch Ref. 423, Telefax vom 11. Juni 2002; Bundesministerium für Bildung und Forschung, Statistikreferat, *Ausländische Studierende nach Hochschulart und Land der Staatsangehörigkeit 1996-2000*, Statistik, zur Verfügung gestellt durch Karin Korn-Riedlinger, E-Mail vom 22. April 2002.

15.2 Politische Herausforderungen durch Bildungsimmigration

Politische Implikationen ergeben sich in erster Linie im Zusammenhang mit dem Erscheinen der Vermittlungsagenturen auf dem chinesischen Markt für Auslandsstudien. Die deutsche Regierung macht diese kommerziellen Anbieter verantwortlich für den geradezu explosiven Anstieg der Zahl der Anträge auf Erteilung eines Visums zu Studienzwecken und der Zahl der tatsächlich auch in Deutschland studierenden Chinesen seit 1998. Seit Ende 2000 stellt die Volksrepublik China mit 3.545 die größte Zahl neu immatrikulierter ausländischer Studenten in Deutschland. Im selben Jahr rückte China zum ersten Mal auch hinsichtlich der Gesamtzahl der in Deutschland studierenden Bildungsausländer²⁷ auf Rang 1 der Statistik vor und behauptete diesen Platz auch im Folgejahr.²⁸

fähigung für ein Studium in Deutschland nachweisen. Die für die Durchführung dieser mündlichen Eignungsprüfung erhobenen Gebühren von 225 Euro decken im Erfolgsfall auch die Visagebühren ab.³⁰ Insgesamt scheint dieses Procedere aus deutscher Sicht jedoch nicht vom gewünschten Erfolg gekrönt worden zu sein.

Von deutscher Seite heißt es vielmehr, dass auch und insbesondere die so genannten Studienbewerbervisa, die eine Teilnahme an Sprach- und anderen Vorbereitungskursen für ein späteres Studium an einer deutschen Hochschule ermöglichen sollen, in besonders hohem Maße von den kommerziellen chinesischen Vermittlungsagenturen missbraucht worden seien, um entweder ihre Kunden zu betrügen, die für Studienplatz und Studentenvisum zahlen, oder eine Klientel nach Deutschland zu vermitteln, deren Ziel nicht die Aufnahme eines Fachstudiums ist. Obwohl eine derartige Interpretation nicht zwingend ist,

ml, Aufruf: 10.5.2002.

²⁷Unter Bildungsausländern versteht man all diejenigen, die nicht das deutsche Schulsystem durchlaufen haben. Hinsichtlich der Studentenzahlen bedeutet das, dass zwar beispielsweise deutlich mehr Türken an deutschen Universitäten studieren als Chinesen. Da die Mehrzahl dieser türkischen Studenten jedoch in Deutschland aufgewachsen ist und an einer deutschen Schule das Abitur erworben hat, erscheinen diese Studenten aufgrund ihrer türkischen Staatsangehörigkeit in den einschlägigen Statistiken einerseits als Ausländer andererseits jedoch gleichzeitig auch als so genannte Bildungsinländer.

²⁸Bundesministerium für Bildung und Forschung, Statistikreferat, *Ausländische Studierende nach Hochschulart und Land der Staats-*

angehörigkeit 1996-2000, Statistik, zur Verfügung gestellt durch Karin Korn-Riedlinger, E-Mail vom 22. April 2002.

²⁹Für ein Studium in Deutschland muss ein Bewerber nachweisen, dass er mindestens ein Semester an einer anerkannten chinesischen Schwerpunktuniversität oder mindestens drei Semester an einer allgemeinen chinesischen Hochschule studiert hat. Deutsche Botschaft Peking, VR China, Kulturreferat, *Informationen zur Akademischen Prüfstelle des Kulturreferates der Deutschen Botschaft Peking*, online, via: http://www.deutschebotschaft-china.org/de/home/presse.../akademische_pruefstelle.html, Aufruf: 10.5.2002.

³⁰Ebd.

offenbaren die Statistiken der Jahre 1998 bis Mai 2001 doch zumindest den beispiellosen Anstieg der Zahl dieser Studienbewerbervisa (insbesondere zum Zweck der Teilnahme an Sprachkursen). In Ermangelung anderer Möglichkeiten reagierte die deutsche Regierung im März 2002 mit der vollständigen und zeitlich nicht befristeten Aussetzung der Erteilung dieser Visakategorie für China.³¹

Startschuss für die Einrichtung einer ersten rein chinesischen Klasse an einem deutschen Gymnasium fallen.³⁴ Zunächst richtet sich dieses Angebot an die chinesische Gemeinde in der Hansestadt. Sollte dieses Pilotprojekt mit deutschen und chinesischen Unterrichtsinhalten, mit Lehrkräften aus beiden Ländern und einem für ein Studium an deutschen Universitäten qualifizierenden Abitur

Tabelle 12: Visa für Wissenschaftler und Studenten nach Kategorie 1998 – Mai 2001

Visumskategorie	Jahr	1998	1999	2000	01-05.2001*
Wissenschaftler		1.073	1.139	961	209
Studenten		1.116	2.487	2.394	279
Stipendiaten		187	182	279	66
Studienbewerber		536	1.456	5.257	1.378
Sprachkursteilnehmer**					1.448

* nur Botschaft Beijing, Konsulate Shanghai und Guangzhou nicht erfasst.

** Kategorie 2001 erstmals gesondert erfasst, zuvor in „Studienbewerber“ enthalten.

Quelle: DAAD, *Erteilte Visa nach Gruppen im Vergleich in der VR China (ohne Hongkong)*, Statistik zur Verfügung gestellt durch Ref. 423, Brief vom 16. April 2002.

Von diesen Maßnahmen abgesehen zeichnen sich zwei neue potenzielle Herausforderungen für das deutsche Immigrationsregime ab. Zunächst deuten viele Anzeichen darauf hin, dass eine wachsende Zahl chinesischer Eltern daran interessiert zu sein scheint, ihren Kindern eine Schulbildung im Ausland zu ermöglichen. Selbst das nicht ganz billige aber international renommierte Privatinternat Schloss Salem am Bodensee besuchen derzeit schon ca. 15 Schüler mit chinesischem Pass.³² In den vergangenen Jahren gab es auch mehrere Versuche von deutschen Initiatoren bzw. seitens deutsch-chinesischer Joint Ventures, Schulen in Deutschland aufzubauen, deren Bildungsangebot nach deutschen Standards sich speziell an Schüler aus der Volksrepublik China richten sollte. Bislang waren derartige in der Regel kommerziell ausgerichtete Versuche jedoch nicht erfolgreich und trafen darüber hinaus auch nicht auf Gegenliebe auf Seiten der deutschen Regierung. Nach Auskunft des Außenministeriums liegen derzeit denn auch keine Pläne vor, jungen Chinesen Visa zum Zwecke eines Schulbesuchs in Deutschland zu erteilen.³³ Ob es bei dieser Haltung langfristig bleiben wird, wenn zukünftig entsprechend anerkannte Angebote an chinesische Schüler aufgebaut werden, bleibt abzuwarten. Eine erste von politischer Seite sowohl in China als auch in Deutschland geförderte Initiative nimmt gegenwärtig in Hamburg Gestalt an. Mit der feierlichen Unterzeichnung eines Memorandums zwischen dem Schulsenator und chinesischen Regierungsvertretern wird am 20. September 2002 der

jedoch erfolgreich verlaufen, könnte davon durchaus Signalwirkung ausgehen und andere derartige Projekte nach sich ziehen, die auch für eine wachsende Klientel in China interessant werden könnten.

Eine weitere zukünftige Herausforderung an die deutsche Politik könnte sich im Hinblick auf die europäische Tradition des *au pair* ergeben. Seit Januar 2001 preist zumindest eine kommerziell orientierte private Homepage in Deutschland in chinesischer Sprache *au pair* in nicht ganz zutreffender Weise als „Gelegenheit für chinesische Mädchen, in Deutschland zu arbeiten und zu studieren“³⁵ an. Zieht man den sozialen und kulturellen Hintergrund sowie die Wertorientierungen der chinesischen Hauptklientel für Studienaufenthalte im Ausland in Betracht, so wird dieser Weg, den 17- bis 25-jährigen Töchtern eine höhere Bildung im Ausland zu ermöglichen, kaum als attraktiv zu bezeichnen sein. Keine der wohlhabenderen Familien aus den Städten Ostchinas wird sich für den Gedanken erwärmen können, die Tochter als „Hausmädchen“ ins Ausland zu schicken. Es fehlen schlicht der kulturelle Hintergrund und die Tradition des europäischen Phänomens *au pair*.

Wenn die Nachfrage nach höheren Bildungsabschlüssen und einem Studium im Ausland sich jedoch zukünftig auch auf weitere Bevölkerungsgruppen und eher ländlich geprägte Regionen ausweitet, wo die Abneigung gegen diese Art der Arbeit nicht so stark ausgeprägt ist wie in städtisch-bürgerlich geprägten Millieus, könnte *au pair* durchaus als ein geeigneter Weg für junge Chinesinnen erscheinen, für die damit ein Studium in Deutschland in greifbare Nähe zu rücken scheint. Es ist daher keineswegs

³¹ Auswärtiges Amt, telefonische Auskunft, Ref. 514, RA Fries-Gaier, 22. April 2002.

³² Telefonische Auskunft, Sekretariat Salem International College, 4.9.02. Das Internat wirbt auf einer eigenen chinesischen Webpage um chinesische Schüler. Vgl.: http://www.salemcollege.de/Bien_Chi.htm.

³³ Auswärtiges Amt, telefonische Auskunft des Ref. 514 vom 12. Juni 2002.

³⁴ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, mündliche Auskunft durch Herrn Fock, 6. September 2002.

³⁵ China Shop a.G., *Au-Pair Programm*, online, via: <http://stud.uni-paderborn.de/~e9chinese/chinashop/vermittlung/aupairvermittlung.html>, Aufruf: 10.5.2002.

ausgeschlossen, dass kommerzielle Anbieter in China sich die Vermittlung von jungen Chinesinnen aus bildungsferneren Schichten an europäische Au-pair-Agenturen teuer bezahlen lassen. Für das entsprechende Zielpublikum in der Volksrepublik könnte dies durchaus als attraktives Angebot für eine Ausbildung im Ausland erscheinen. Das könnte im Resultat letztlich durchaus dazu führen, dass keineswegs zu vernachlässigende Zahlen von jungen Chinesinnen den falschen Bildungsversprechungen der chinesischen Vermittler aufsitzen und in Deutschland stranden, wie dies im Falle vieler Sprachkursteilnehmer bereits geschehen ist.

Das Thema Migration von chinesischen Staatsbürgern nach Deutschland wird fortgesetzt. Im zweiten Teil folgt eine Darstellung der Arbeitsmigration und der ethnischen Wirtschaft in der Bundesrepublik, der Problematik von irregulärer Zuwanderung und Asyl sowie des neuen Phänomens Tourismus.

